

II-5236 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ME 2689 11

1992-03-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Haigermoser, Dr. Partik-Pablé, Moser
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die amtswegige Erhebung von Daten des ehemaligen
ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit

Das menschenverachtende Regime der ehemaligen "DDR" ist nach der friedlichen Revolution wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Die jahrzehntelange Aufrechterhaltung der politischen Macht im sozialistischen "Bürger- und Bauernstaat DDR" war letztlich nur durch die Installierung eines engmaschigen Spitzelsystems, das jede demokratische Regung im Ansatz ersticke, möglich. Nun hat vor wenigen Monaten der langjährige, ostdeutsche Spionagechef Markus Wolf im Rahmen eines ORF-Fernsehinterviews sinngemäß erläutert, daß die sogenannte "Stasi" auch in Österreich (insbesondere in Wien) tätig gewesen sei. Bei diesem Interview ging Markus Wolf jedoch nicht auf nähere Details des ostdeutschen Engagements in Österreich ein. Leider konnte diesem Interview auch nicht entnommen werden, inwieweit österreichische Staatsbürger als Helfershelfer der Stasi fungiert und damit direkt oder indirekt verbrecherische Handlungen mitzuverantworten haben. Nachdem in der Öffentlichkeit bekannt ist, daß zahlreiche Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft sich als Sympatisanten des realen Sozialismus zur Weltanschauung des Marxismus, Leninismus oder Stalinismus bekennen, muß das Interview des Ex-Geheimdienstchefs Wolf angesichts der nun zur Einsicht freigegebenen Stasi-Akten zweifelsfrei in einem neuen Licht gesehen werden. Als Vertreter der politischen Sympatisantenszene des realen Sozialismus könnten durchaus Personen wie Dr. Peter Pilz (ehemaliges Mitglied der Gruppe revolutionärer Marxisten), Fritz Zaun (ehemaliger prominenter KPÖ-Mandatar) oder der Bildhauer Prof. Hrdlicka, welcher sich öffentlich als Stalinist deklariert hat, genannt werden. Im Zuge der parlamentarischen Debatte über das Budget 1992 hat auch Nationalratsabgeordneter Johannes Voggenhuber mit seiner Frage an den Verteidi-

gungsminister, "... was an diesem Land schützenswert ist?", ein wohl äußerst mangelhaftes Bekenntnis zu den Grundwerten unseres Staates dargelegt.

Nach Auffassung der unterfertigten Abgeordneten ist daher zu prüfen, ob bzw. inwieweit insbesondere jene Österreicher, die politische Verantwortung tragen, das Spitzelsystem der ehemaligen ostdeutschen Diktatur unterstützt haben.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wurde seitens Ihres Ressorts bereits mit den zuständigen deutschen Behörden Verbindung aufgenommen, um im Zuge von Rechtshilfeverfahren Einsicht in jene Stasi-Akten zu erlangen, die eine Beteiligung österreichischer Staatsbürger an Aktivitäten des ehemaligen ostdeutschen Geheimdienstes nachweisen?
- 2) Wenn ja: Wieviele Personen sind in Ihrem Ressort derzeit mit diesen Erhebungen betraut?
- 3) Wenn nein: Aus welchen Gründen wurde noch nicht die Möglichkeit genutzt, in den Besitz von Kenntnissen über allfällige Kontakte österreichischer Staatsbürger zum ehemaligen ostdeutschen Geheimdienst zu gelangen?
- 4) Wurde der Ex-Geheimdienstchef Markus Wolf im Zuge seiner, in Österreich erfolgten, Einvernahme auch über allfällige Stasi-Kontakte österreichischer Staatsbürger befragt?
- 5) Wenn ja: Welche konkreten Ergebnisse haben diese Einvernahmen erbracht?
- 6) Wenn nein: Aus welchem Grunde sind an Markus Wolf in diesem Zusammenhang keine Fragen gestellt worden?
- 7) Wer hat die Vernehmungen des Markus Wolf geleitet?
- 8) Wurde seitens Ihres Ressorts - zur Bereinigung allfälliger Kompetenzschwierigkeiten bei der Einsichtnahme in Stasi-Akten - auch mit dem Justiz- bzw. Außenministerium Verbindung aufgenommen, um ehestmöglich konkrete Erhebungsergebnisse zu erlangen und, wenn nein, warum nicht?

- 9) Wenn ja: In welcher Form wurde das Justiz- bzw. Außenministerium um Unterstützung ersucht?
- 10) Wann ist in diesem Zusammenhang mit der Vorlage konkreter Erhebungsergebnisse zu rechnen?
- 11) Ist Ihnen aus den bisherigen Ermittlungen bekannt, ob Vertreter oder Sympathisanten der Grünen Alternative mit Behörden der ehemaligen "DDR" zusammengearbeitet haben?
- 12) Wenn ja: Wieviele Personen haben in welchem Umfang mit den ostdeutschen Behörden zusammengearbeitet?